

phoenix vor ort
VON ARD UND ZDF



Friedrich Merz Bundeskongress des

„Demografie und Mathematik“? Warum die Reformdebatte viele Arbeitnehmer wütend macht

Michael Fiedler

„Demografie und Mathematik“ – mit dieser Formulierung verteidigte Friedrich Merz die geplanten Sozialreformen gegen Buh-Rufe auf dem DGB-Bundeskongress. Bei vielen Arbeitnehmern wächst die Sorge, dass Reformen vor allem zulasten der Beitragszahler gehen.

Der Kanzler begründete damit die geplanten Einschnitte und Strukturreformen bei Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Deutschland könne angesichts der Alterung der Gesellschaft und steigender Sozialausgaben „nicht einfach so weitermachen wie in den letzten 20 Jahren“. Ohne Reformen drohten Sozialbeiträge von „knapp 50 Prozent“.

Merz versuchte [in seiner Rede](#) zugleich, den Vorwurf eines Sozialabbaus zurückzuweisen. „Es geht nicht um Sozialabbau, es geht um Reformen“, sagte der Kanzler vor den Gewerkschaften. Ziel sei es, die Systeme langfristig stabil zu halten und gleichzeitig Arbeitnehmer sowie Unternehmen vor weiter steigenden Abgaben zu schützen. Doch genau an diesem Punkt beginnt die politische Spannung.

Denn viele der bislang bekannten Reformansätze werden von Kritikern als Belastungsverschiebung zulasten der Beitragszahler interpretiert. Bereits die Gesundheitsreform 2026 hatte eine breite Debatte ausgelöst. Experten.de berichtete mehrfach über Kritik an den Sparplänen und die Frage, ob steigende Kosten zunehmend bei Versicherten und

Arbeitnehmern landen. So warnen Kritiker unter anderem davor, dass [versicherungs Fremde Leistungen weiterhin über Sozialbeiträge statt über Steuermittel finanziert werden](#). Dazu zählen beispielsweise hohe Gesundheitskosten für Bürgergeldempfänger, die bislang nur teilweise aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen werden. Auch die geplanten Änderungen bei der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern sorgen für Diskussionen. Merz bestätigte in seiner Rede ausdrücklich, dass die Familienmitversicherung „im Grundsatz bestehen“ bleibe, jedoch „modifiziert“ werde.

Hinzu kommt ein grundsätzliches Gerechtigkeitsproblem in der öffentlichen Wahrnehmung. Viele Arbeitnehmer erleben seit Jahren steigende Beiträge, höhere Eigenanteile und zusätzliche Vorsorgeanforderungen. Gleichzeitig wächst die Skepsis, ob politische Reformversprechen tatsächlich zu einer faireren Lastenverteilung führen.

Merz argumentierte auf dem DGB-Kongress dagegen vor allem mit langfristiger Finanzierbarkeit. Ohne Wirtschaftswachstum und stabile Sozialversicherungen lasse sich der Sozialstaat nicht erhalten. „Ohne Wachstum

gibt es keinen leistungsfähigen Sozialstaat, keine gute Gesundheitsversorgung, keine auskömmliche Rente“, sagte der Kanzler. Reformen seien deshalb „keine Bedrohung, sondern eine große Chance“.

Besonders deutlich wurde Merz bei der gesetzlichen Rente. Die bisherige Entwicklung sei angesichts der Demografie nicht dauerhaft finanzierbar. Deshalb wolle die Bundesregierung die kapitalgedeckten Säulen der Altersvorsorge stärken. Dabei verwies der Kanzler ausdrücklich auf das bereits [beschlossene Altersvorsorgedepot](#), das ab 2027 starten soll und stärker auf Kapitalmarktanlagen setzt. Arbeitnehmer sollten künftig stärker „am Produktivvermögen unserer Volkswirtschaft“ beteiligt werden.

Genau hier verläuft inzwischen eine zentrale Konfliktlinie der Reformdebatte. Während die Bundesregierung stärker auf Eigenvorsorge, Kapitalmarkt und zusätzliche private Vorsorge setzt, wächst bei vielen Beschäftigten der Eindruck, dass sich der Staat schrittweise aus bisherigen Sicherheitsversprechen zurückzieht. Gerade jüngere Generationen erleben bereits heute steigende Wohnkosten, höhere Pflegekosten und wachsende Unsicherheit über die langfristige Stabilität der Sozialversicherungssysteme.

Die Bundesregierung verweist dagegen auf die finanzielle Realität. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung seien in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als die Einnahmen. Ähnliche Probleme zeichnen sich in der Pflegeversicherung ab. Bereits in den kommenden Monaten dürfte deshalb die nächste große Reformdebatte folgen. Merz bemühte sich auf dem DGB-Kongress zwar um Ausgleich und gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Reform heißt nämlich, meine Damen und Herren, Gewinn für alle“, sagte der Kanzler. Gerade viele Beitragszahler dürften sich allerdings fragen, worin der angekündigte „Gewinn für alle“ konkret bestehen soll. Denn spürbar werden zunächst vor allem höhere Eigenanteile, zusätzliche Anforderungen an die private Vorsorge und mögliche Einschränkungen bestehender Leistungen. Die eigentliche politische Frage lautet längst nicht mehr nur, ob Reformen notwendig sind — sondern wer am Ende die Rechnung dafür bezahlt.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949788/Demografie-und-Mathematik-Warum-die-Reformdebatte-viele-Arbeitnehmer-wuetend-macht/>